

Terrorismus im Dienste imperialistischer Politik

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist reich an Beispielen, daß Terror und andere Gewaltakte zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaft gehören und von ihren Vertretern systematisch (durch Individuen, Gruppen oder Institutionen des Staates) im Interesse der Erhaltung, Wiederherstellung oder Ausweitung ihrer Macht verübt wurden.

Besonders deutlich wurde das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Alternativen zur kapitalistischen Ausbeutung und kolonialen Unterdrückung in vielen Teilen der Welt gesucht wurden. Schritte in diese Richtung zielten unweigerlich auf die Änderung oder gar Abschaffung bis dahin bestehender klassischer kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse.

Vor allem die USA setzten als imperialistische Führungsmacht ihre Interessen durch. Sie unternahmen und unternehmen alles, um ihre Einflusssphären ständig auszuweiten und ungünstige Veränderungen rückgängig zu machen. Demokratische Spielregeln und Menschenrechte, das Völkerrecht, Beschlüsse der UNO und anderer internationaler Organisationen interessierten nur solange, wie sie den angestrebten Zielen nicht zuwiderliefen. In vielen Fällen erwiesen und erweisen sich dann die Geheimdienste, darunter insbesondere die CIA, als wirksame und frei von allen Skrupeln agierende Instrumente zur Durchführung streng geheimer Operationen.

255

Der Sozialdemokrat Andreas von Bülow, von 1969 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, gehörte der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste an. In seinem 1998 veröffentlichten Buch »Im Namen des Staates« erklärte er zur Rolle der USA-Geheimdienste bei den Versuchen, die alte Ordnung wiederherzustellen: »Die CIA ist daher nicht so sehr eine Organisation, die sich dem Sammeln und Auswerten möglichst objektiver Daten widmet. Der Schwerpunkt der CIA-Herausforderung wurde von Beginn an in der verdeckten Operation, dem Krieg ohne Kriegserklärung, gesehen. Ein Krieg, der keine Grenzen kennt, der durch Völkerrecht nicht eingedämmt ist und den die amerikanische wie die Weltöffentlichkeit in keinem der betroffenen Länder als amerikanische Amtshandlung mit Verantwortlichkeit für das Geschehen sollte wahrnehmen können.«²¹

Grundlage für die *geheimen Operationen* der CIA bildete die Direktive 10/2 des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 18. Juni 1948, die 30 Jahre später erstmals veröffentlicht wurde. In ihr heißt es: »Unter dem in dieser Direktive verwendeten Terminus ›geheime Operationen‹ sind alle Aktivitäten... zu verstehen, die von dieser Regierung gegen feindliche ausländische Staaten oder Gruppen oder zur Unterstützung befreundeter ausländischer Staaten oder Gruppen geleistet oder gefördert werden, die jedoch so geplant und geleitet werden, daß nach außen hin ihr Urheber – die Regierung der USA – auf keine Weise in Erscheinung tritt und im Falle ihrer Aufdeckung die Regierung der USA völlig glaubwürdig jede Verantwortlichkeit für sie plausibel leugnen kann.«

Unter »Aktivitäten der geheimen Operationen« wurden aufgeführt: »Propaganda, Wirtschaftskrieg, direkte Präventivhandlungen, einschließlich Sabotage, ... Wühlarbeit gegen feindliche Staaten, einschließlich der Hilfe für die illegalen Widerstandsbewegungen im Untergrund, für Guerillas sowie die Unterstützung von antikommunistischen Elementen in bedrohten Ländern der freien Welt.«²²

Die nachfolgenden Direktiven von 1950/51 verlangten eine Intensivierung jener Aktivitäten, ohne feste Richtlinien für die Durchführung vorzugeben.

²³ »Die CIA definiert Geheimaktionen als jene illegale Operation oder Aktivität, die dazu bestimmt ist, ausländische Regierungen, Organisationen, Personen oder Ereignisse in einer für die amerikanische Politik positiven Weise zu beeinflussen«, schrieb das US-Nachrichtenmagazin »Newsweek« am 8. November 1982. »Das bezieht alles ein – von einem proamerikanischen Leitartikel, der in eine ausländische Zeitung lanciert wird, bis zur Inszenierung eines Putsches oder der Aufstellung von Geheimarmeen. Demokratische Ideale passen oft nicht zu Geheimaktionen.« James Doolittle, Berater von US-Prä-

256

sident Eisenhower, urteilte über verdeckte Aktionen so: »Es gibt keine Regeln in einem solchen Spiel. Im allgemeinen akzeptierte Normen menschlichen Verhaltens sind nicht anwendbar.«²⁴

So unterschiedlich die offiziell behaupteten oder dargestellten Motive des

politischen Mordes waren, so engagiert sich Drahtzieher und Hintermänner auch mühten, ihre wahren Absichten zu verschleiern, gab es letztlich nur einen Grund, weshalb politische Führer ermordet wurden: Man beseitigte sie, um der Bewegung den Kopf zu nehmen und damit die Entwicklung zu stoppen, die eben jene Bewegung dem Land gegeben hatte. Eben: »Tötet ihre Führer!«

Als der Ministerpräsident des Iran, *Muhammad Mossadegh*, 1951 die Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie veranlaßte, mittels Gesetz die Anglo-Iranian Oil Company liquidierte und vorsichtige Schritte zur Annäherung an die Sowjetunion unternahm, wurde seine Regierung 1953 durch einen reaktionären Militärputsch unter maßgeblicher Beteiligung der CIA gestürzt.²⁵

Patrice Lumumba, erster Ministerpräsident der Republik Kongo, entzog die reichen Rohstoffvorkommen seines Landes (Uran, Kobalt, Diamanten, Gold, Zink, Kupfer) dem Zugriff ausländischer Monopole. Er wurde am 18. Januar 1961 beseitigt.²⁶ »Die Ermordung Lumumbas war die Krönung von mehr als sechs Monaten westlicher Intervention im Kongo. Sowohl Washington als auch Brüssel und New York – sprich die UNO – hatten vor Lumumba und vor der antikolonialen Bewegung, die er verkörperte, Angst bekommen. « So urteilte 1999 der Soziologe und Afrikawissenschaftler Ludo De Witte in seinem Buch »De Moord op Lumumba«. Dafür hatte er geheime belgische Dokumente einsehen können.

Daß die CIA an dem Komplott beteiligt war, wird ebenso belegt wie die Tatsache, daß »Belgien die größte Verantwortung an der Ermordung Lumumbas trägt«. Laut De Witte wurden Lumumba und zwei seiner Getreuen von einem belgischen Erschießungskommando unter Hauptmann Julien Gat an einem unbekannten Ort hingerichtet. Um die Spuren des Verbrechens zu verwischen, sollen alle drei Leichen verschnürt und danach in ein Salzsäurebad gelegt worden sein. Ein Belgier im Dienst der katangischen Polizei, der ehemalige Polizeikommissar Gerard Soete, bestätigte in einem Fernsehinterview, daß er und sein Bruder die Leichen zersägt und die Stücke in einem Säurebad aufgelöst hätten.²⁷

J. F. Kennedy sprach als erster Präsident der USA nach Ende des Zweiten Weltkrieges vom »ehrlichen und friedlichen Wettbewerb« mit dem Sozialismus. Er betonte das gemeinsame Interesse der USA und der UdSSR am

257

Frieden und warnte eindringlich vor der Gefahr eines Atomkrieges. Diese Sicht entsprang vor allem seiner realen Einschätzung des damaligen Kräfteverhältnisses. Kennedy setzte damit erste zaghafte Zeichen für Entspannung und friedliche Koexistenz, ohne seine antikomunistische und strikt imperialistische Position zu verlassen. Als er in einen Kompromiß mit der Sowjetunion einwilligte und am 5. August 1963 einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser unterzeichnete, hatte er einen Weg eingeschlagen, der den Interessen der Rüstungsindustrie entgegenlief und von dieser als nationaler Verrat an den USA gewertet wurde.

Am 22. November 1963 folgte die Tragödie von Dallas, über der bis heute ein offenkundig nicht zu durchdringender Schleier hinsichtlich ihrer Hintergründe und Hintermänner liegt.

Amilcar Cabral fiel am 20. Januar 1973 Mördern zum Opfer, die damit das Kolonialsystem Portugals in Guinea-Bissau und auf den Kapverdischen Inseln zu retten versuchten. Cabral war Mitbegründer und seit 1959 Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guineas sowie Führer des bewaffneten Kampfes gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Der feige Mord konnte nicht verhindern, daß acht Monate später, am 24. September 1973, auf befreitem Territorium die Nationalversammlung den unabhängigen Staat Guinea-Bissau proklamierte, der schon bald von 80 Ländern der Welt anerkannt wurde. Das faschistische Regime in Portugal wurde am 25. April 1974 gestürzt.

Das gleiche Schicksal traf *Sheik Mujibur Rahman* in Bangladesch, der ehemaligen Ostprovinz Pakistans. Der Vorsitzende der Awami-Liga, vom Volk »Tiger von Bengalen« genannt, setzte sich für eine demokratische Entwicklung des Landes ein und gewann als Staatspräsident mit diesem Programm die Zustimmung des Volkes. Bangladesch hatte sich erst 1971 von der Unterdrückung Pakistans befreit und am 17. April 1971 die Volksrepublik

proklamiert. Ihr erster Staatspräsident wurde Mujibur Rahman. Doch die antifeudale und antiimperialistische Politik Rahmans stieß auf energischen Widerstand der um ihre Profite fürchtenden pakistanischen und amerikanischen Unternehmen, die gemeinsam alles daran setzten, Unruhe zu stiften und den Präsidenten in Mißkredit zu bringen. Schließlich organisierten sie die Schreckensnacht des 15. August 1975, in der der Sheik und seine gesamte Familie umgebracht wurden.

Erinnert sei auch an den von der CIA gelenkten Putsch gegen die chilenische Regierung der Unidad Popular und die Ermordung des demokratisch gewählten Staatspräsidenten *Salvador Allende Gossens* am 11. September 1973.

258

Die Operation lief über drei Jahre. Parteien in Chile und deren Wahlkämpfe wurden über die CIA finanziert, Medien manipuliert oder aufgekauft und zur Verbreitung von Greuelmärchen benutzt, Abgeordnete bestochen. Die internationalen Medien wurden mit gefälschten Negativmeldungen und Dokumenten gefüttert, die chilenischen Streitkräfte ebenso wie Gewerkschaften und Parteien mittels Horrormeldungen aufgehetzt. Das Ende jeder freien Religionsausübung nach dem Sieg des unerwünschten Kandidaten wurde an die Wand gemalt, um so Kreise der katholischen Kirche aufzubringen und in die Kampagne einzubeziehen. In Vorbereitung des Putsches wurde durch Manipulierung der Kupferpreise, Streichung von Krediten, organisierte Panikabhebungen von Bankkonten, Verhinderung von Ersatzteillieferungen aus dem Ausland die Wirtschaft lahmgelegt. Der öffentliche Busverkehr kam durch einen Generalstreik der Kraftfahrer zum Erliegen.

Zugleich wurde der Umfang der Militärhilfe für Chile in eine für ganz Lateinamerika ungeahnte Höhe getrieben und schließlich die Putschisten um General Pinochet organisatorisch und militärisch durch hochrangige CIAMitarbeiter, von Militär- und CIA-Personal der US-Botschaft sowie leitenden Mitarbeitern der Filialen amerikanischer Konzerne in Chile beraten.²⁸

Zu den massiven Putschversuchen, mit denen die imperialistische Hauptmacht den gesellschaftlichen Fortschritt auf Kuba zunichte machen wollte, gehört die militärische Invasion von Exilkubanern unter Führung der CIA in der Schweinebucht am 17. April 1961.

Der Berliner »Kurier« berichtete am 3. Juli 1997 unter Berufung auf Akten der CIA, daß von der CIA allein acht Versuche unternommen wurden, um *Fidel Castro* zu ermorden.²⁹ Dies wurde inzwischen durch viele offizielle Quellen bestätigt. »Bereits im August 1959 habe man Mordkomplotte gegen Fidel gestartet«, so der ehemalige CIA-Mitarbeiter Philip Agee. Für 600.000 Dollar seien Profikiller der Mafia angeheuert worden. Aus den Werkstätten der CIA stammten diverse Pläne über den Einsatz von Gift und mit Sprengstoff präparierter Zigarren. Exilkubaner und andere mittelamerikanische Terroristen bereiteten Attentate auf Fidel Castro in und außerhalb Kubas vor. So soll Anfang der 70er Jahre in Chile ein gedungener Killer versucht haben, Castro mit einer in einer Fernsehkamera versteckten Schußwaffe zu töten.³⁰

1999 konnte die Absicht exilkubanischer Terroristen vereitelt werden, den Maximo lider bei seinem Besuch in der Dominikanischen Republik zu ermorden.

³¹

Im Juli 1999 begann vor dem Provinzgericht von Havanna ein Verfahren. Staatliche kubanische Organisationen klagten gegen die US-Regierung um

259

Schadenersatz in Höhe von 181,1 Milliarden Dollar. In der Klageschrift war sogar von 637 Attentatsplänen gegen Fidel Castro seit Anfang der 60er Jahre die Rede. Die Klageschrift nannte ferner 3.476 Tote, 2.089 Verletzte sowie enorme Sachschäden durch Sabotageakte, die in diesem Zeitraum aktenkundig geworden waren.³²

Aber auch die mit den USA befreundeten europäischen Länder erfreuen sich des Interesses der US-Geheimdienste. So enthält die am 18. März 1970 vom Generalstabschef der US-Armee, General W. C. Westmoreland, herausgegebene »FM 30-31« Instruktionen für die Defense Intelligence Agency (DIA, Militärische Aufklärung der US-Armee) zur Planung und Durchführung von Geheimoperationen zur Stabilisierung der »befreundeten Länder« und der Destabilisierung ihrer Gegner »im gesamten Verteidigungsbereich«. Die Abkürzung FM steht für Field Manual (Feldhandbuch), die Ziffer 30 ist die Ordnungszahl der DIA und 31 der Kodex für Spezialoperationen.³³

Andreas von Bülow beschreibt in seinem Buch »Im Namen des Staates« den Inhalt dieses Feldhandbuchs »Field Manual 30-31«, vor allem den Anhang B: »Das Handbuch faßt frühere Anweisungen und Richtlinien des *National Security Council* (Nationaler Sicherheitsrat) und der CIA zusammen. Danach muß in einem befreundeten Land, das nicht mit hinreichender Konsequenz gegen den Kommunismus vorgeht, mit besonderer Sorgfalt an der Veränderung der politischen Strukturen gearbeitet werden. Zu diesem Zweck soll der Geheimdienst der US-Armee ausgewählte Gruppen veranlassen, zielgerichtet gewaltlose wie gewalttätige Handlungen zu begehen.

«³⁵

Und weiter: »Es ist dabei letztlich alles erlaubt, was den zu manipulierenden Freundesstaat auf den Pfad der Tugend und einen amerikafreundlichen Kurs zurückzuführen in der Lage ist. Dazu gehört die Unterwanderung der befreundeten Geheimdienste, Verfassungsschutzorganisationen, Militärischer Abschirmdienste oder Kriminalpolizeien, die Unterwanderung radikaler rechter wie linker Gruppen, das Vordringen in Spitzenpositionen auch von Terrororganisationen, um als Agents provocateurs selbst Anschläge zu planen und zu steuern.«³⁵

Als in Italien in den 60er bis 70er Jahren, mitten im Kalten Krieg, die Gefahr drohte, führende Kreise der Christdemokratischen Partei könnten mit den Kommunisten eine Regierung bilden, entfesselte die CIA mit ihren italienischen Diensten und mittels der geheimen NATO-Truppe »Stay Behind« (die in Italien »Gladio«, Kurzschrift, hieß) eine »Spannungsstrategie«. Auftakt bildete ein Sprengstoffanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank

260

am 12. Dezember 1969, der vordergründig von Neofaschisten begangen wurde. Der Höhepunkt war der Mord an dem Chef der Christdemokraten Aldo Moro 1978.

Das FM 30-31 bildete die Operationsgrundlage für die Gladio-Truppe, die in Zusammenarbeit mit den italienischen Geheimdiensten und der Putschistenloge P 2 (Freimaurerloge) die »Spannungsstrategie« umsetzte.³⁶

»Mit einer ›Strategie der Spannung‹ trachteten sie, die Bürger zu verängstigen und von der Wahl linksgerichteter Parteien abzuhalten«, meinte von Bülow. »Im Gegenzug sollte den rechtsgerichteten Parteien als den Hütern von Gesetz und Ordnung ein Popularitätsvorsprung verschafft sowie der Bevölkerung die Notwendigkeit der Einschränkung von Bürgerrechten zum Zwecke des Kampfes gegen Chaos, Terror und Kriminalität einsichtig gemacht werden. Geheimdienstkräfte unterwanderten sowohl die rechte als auch die linke Terrorszene, nicht selten mit dem vorhersehbaren Ergebnis, daß die Terrorszene beider Seiten nahezu vollständig von den Geheimdiensten gesteuert wurde. Der ehemalige Mitarbeiter des militärischen Abschirmdienstes, Roberto Cavallero, erklärte in einem Interview der italienischen Wochenzeitung »L'Europeo« im November 1984, die Geheimdienste seien Verbindungen sowohl mit dem organisierten Verbrechen als auch dem Terrorismus eingegangen. Die Geheimdienste kontrollierten die terroristischen Gruppen auf der linken wie auf der rechten Seite.

Die Dienste spielten in allen Anschlägen dieser Zeit eine Rolle, mal als Anstifter, mal als Verhinderer des Durchgriffs der Strafverfolgungsbehörden gegen die Täter, mal als Quelle der Desinformation, des Hinweisgebers in die falsche Richtung, indem sie verdächtige Sündenböcke zumeist auf der linken Seite des politischen Spektrums fälschlich benannten.«³⁷

Der italienische Linksextremismus und sein »bewaffneter Kampf« kam bezeichnenderweise erst nach Anlaufen der »Spannungsstrategie« auf.

Der fast zwei Jahrzehnte währenden Terrorwelle der »Spannungsstrategie« fielen Unzählige zum Opfer. Es gab Hunderte Tote und Tausende Verletzte. Die CIA stützte sich bei dieser »Spannungsstrategie« insbesondere auf alte und neue Faschisten, aus deren Reihen ebenso die »Gladio«-Organisation rekrutiert wurde. Wie nach der Aufdeckung von »Gladio« nach 1991 ans Licht kam, führten einen Großteil der Attentate Einheiten dieser geheimen Truppe selbst aus.³⁸

Gleichzeitig wurden auch systematisch linksextreme Gruppen, darunter die »Roten Brigaden«, mit Polizei- und Geheimdienstagenten unterwandert, manipuliert und gesteuert, was offenkundig mit dazu führte, daß Aldo Moro, der ein Regierungsabkommen mit der Italienischen Kommunistischen

261

Partei unterzeichnet hatte, am 9. Mai 1978 durch die »Roten Brigaden« ermordet wurde.

Denn laut der FM 30-31 gehörte Aldo Moro zu den Personen, die »gegenüber dem Kommunismus oder der kommunistisch inspirierten Unterwanderung Passivität oder Unentschlossenheit zeigen und gemäß den Einschätzungen der US-Geheimdienste mit ungenügender Schlagkraft reagieren«. Angesichts der »politischen Unzuverlässigkeit« Moros, der »direkt dem Feind« zuarbeitete, war ein »Wechsel der Regierungsausrichtung erforderlich«. Da alle Aktionen, Moro »zu beeinflussen oder unter Druck zu setzen« scheiterten, griff man, da »die Interessen der USA gefährdet« waren, wie USA-Außenminister Kissinger hinreichend verdeutlicht hatte, nunmehr zum letzten Mittel, das im Feldhandbuch vorgesehen war – der physischen Liquidierung.

³⁹

Nicht auszuschließen ist also, daß es ein Komplott der CIA war, dem der Parteiführer zum Opfer fiel, mußmaße 1996 der Italienkenner Gerhard Feldbauer.

⁴⁰ »Als ausführendes Organ nutzen sie die Brigade Rosse (Roten Brigaden), deren Haß auf das herrschende Regime der Democrazia Christiana (Christdemokraten) und ihren Bündnispartner im Historischen Kompromiß, die IKP, sie durch V-Leute, Agenten und Provokateure in die gewünschte Richtung lenken und sie in eine ausweglose Situation treiben, die geradezu zwangsläufig mit der Exekution der Geisel enden muß.«⁴¹

Auch Andreas von Bülow sah es so. »Denn auch die Roten Brigaden waren seit Jahren von Kräften der CIA und der italienischen Geheimdienste unterwandert. Ziel war es, durch exzessive Gewaltakte angeblich linksradikaler Täter die politische Linke insgesamt in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Die Roten Brigaden waren hierfür besonders gut geeignet. Sie standen links von der KPI, die sie als bieder und harmlos ansahen. Die Öffnung Moros und der Christdemokraten nach links taten sie verächtlich als kompromißlerisch ab. Andererseits erhielten die Brigaden Zuwendungen aus den USA.«⁴² Und an anderer Stelle: »Oberst Oswald le Winter, der frühere Verbindungsmann der CIA in Rom, gab zu erkennen, daß die Roten Brigaden unterwandert waren und den Instruktionen des Generals Santovito, dem Schutzherrn (grand patron) des Militärischen Abschirmdienstes SISMI (Servizio Informazioni Sicurezza Militare, Militärischer Geheimdienst Italiens), folgten.«⁴³

Der Sinn solcher Morde bestand nicht ausschließlich und immer in der Beseitigung von wichtigen Personen, sondern auch darin, diese Verbrechen im Interesse ganz bestimmter politischer Ziele nutzbar zu machen.

262

So diente der Mord an Ethel und Julius Rosenberg, die 1951 aufgrund bis heute umstrittener und mehr als zweifelhafter Indizien wegen angeblicher Atomspionage von einem Gericht in den USA zum Tode verurteilt und am 19. Juni 1953 hingerichtet wurden, als öffentliche Legitimation für einen generellen Umschwung in der Politik der USA, als Auftakt für einen hemmungslosen und ungezügelten Antikommunismus in ihrer Innen- und Außenpolitik. (Daß es Justizmord war, offenbarte auch der später eingestandene Meineid des »Kronzeugen«.⁴⁴)

Dieser Prozeß unterstrich aber auch, daß man sich bei politischen Morden nicht nur des Dolches und der Bombe, sondern auch der legitimen Justiz bediente.⁴⁵

Der Kapitalismus setzt seit seinem Eintritt in die Geschichte auf Gewalt – nach innen wie nach außen. Vergangenheit und Gegenwart lieferten und liefern unausgesetzt Anschauungsunterricht.

Sie veranlaßten den US-amerikanischen Wissenschaftler Edward S. Herman von der Universität Pennsylvania in den 80er Jahren, die Position der herrschenden Kreise seines Landes und der Washingtoner Administration zum Terrorismus zu untersuchen. Er gelangte dabei zu dem Schluß, daß es die USA selbst seien, die den internationalen Terrorismus unter dem Banner seiner Bekämpfung förderten und selbst terroristisch tätig würden.

Herman verwies auf das angemaßte Vorrecht Washingtons, willkürlich zu bestimmen, wer Terrorist sei und was terroristische Aktionen wären. Die USA-Regierung handele nach dem Motto, was sie nicht billige, das sei Terrorismus. Dazu gehöre der Dreh, Dinge auf den Kopf zu stellen, also Aktionen antiimperialistischer Kräfte generell und undifferenziert als Terrorismus, die eigenen terroristischen Aktionen hingegen als Vergeltung zu

charakterisieren. Von systemkonformen Massenmedien werde diese Lesart dann willfährig verbreitet.⁴⁶

Hermans Feststellung wiederholte nur das, was Marx mehr als hundert Jahre zuvor in seinem Werk »Der Bürgerkrieg in Frankreich« geschrieben hatte. Er meinte zum Terrorvorwurf mit Blick auf die Ermordung der Pariser Kommunarden 1871, »daß der heutige Bourgeois sich für den rechtmäßigen Nachfolger des ehemaligen Feudalherren ansieht, der jede Waffe in seiner Hand für gerechtfertigt hielt gegenüber dem Plebejer, während irgendwelche Waffe in der Hand des Plebejers von vornherein ein Verbrechen ausmachte«.⁴⁷ Die USA erhoben und erheben sich zum »Hüter und Bewahrer der Demokratie«. Das, so meinen sie, legitimiere sie, »Freiheit und Demokratie« – wie sie sie verstehen – auch mit staatsterroristischer Politik durchzusetzen.

263

Ihr neurotischer Zwang, weltweit bis in den äußersten Winkel der Erde zu bestimmen, was Recht und Gesetz sei, ohne sich dabei an völkerrechtliche Prinzipien und Regeln sowie Vereinbarungen zu halten, wird auch an Beispielen aus jüngster Vergangenheit deutlich:

Anfang 1986 erklärte US-Präsident Ronald Reagan den libyschen Staatschef Ghaddafi zum »Herbergsvater des internationalen Terrors« und damit praktisch für vogelfrei. Im März 1986 versenkte die US-Marine zwei Schiffe Libyens ohne jeden ersichtlichen, völkerrechtlich legitimierbaren Grund. Am 5. April 1986 um 1.39 Uhr explodierte in der überwiegend von farbigen US-Soldaten besuchten Westberliner Diskothek »La Belle« ein Sprengstoffpaket. Zwei US-Soldaten und eine junge Türkin kamen dabei ums Leben, mehr als 200 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Obwohl die Beweise dürftig waren, wurde der Anschlag sofort »libyschen Terroristen« zugeschrieben. Am 15. April 1986 bombardierten auf Befehl Reagans amerikanische Kampfflugzeuge die libyschen Städte Tripolis und Bengasi.

Erklärtes Ziel der »Vergeltungs-Aktion« war es, Ghaddafi zu liquidieren und die Bevölkerung gegen das herrschende System aufzuwiegeln. Bei Andreas von Bülow kann man dazu lesen: »Der israelische Geheimdienstmann Ari Ben-Menashe jedenfalls berichtet zum Attentat auf die Disco La Belle, ein Kommandounternehmen des Mossad habe eine Funkreflexanlage in die unmittelbare Nähe des Präsidentenpalastes in Tripolis gebracht und darüber Funkgespräche simuliert, die dann von den amerikanischen Diensten in Europa abgehört werden konnten. Der andere israelische Geheimdienstmann Ostrovsky bestätigt den Vorgang, an dem er selbst beteiligt gewesen sei. Die Operation sei von der Desinformationsabteilung des Mossad vorgenommen worden. Der Mossad habe über diese Anlage eine ganze Latte von terroristischen Befehlen an verschiedene libysche Botschaften und Volksbüros elektronisch übermittelt. Damit habe der Eindruck erweckt werden sollen, als stünde Libyen hinter vielen terroristischen Aktivitäten in der Welt. Und dies wiederum habe die Glaubwürdigkeit der vom Mossad den Partnerdiensten zugespielten Berichte untermauern sollen.«⁴⁸

Am 20. April 2000 legte der Palästinenser Ali Chanaa ein Teilgeständnis ab. Der Mitangeklagte Yasser Chraidi, ein Palästinenser, habe den Sprengstoff besorgt und der Libyer Musbah Abulgasem Eter den Zeitzünder. Beide sollen in seinem Beisein die Bombe zusammengebaut haben. Dabei solle Eter gesagt haben: »Dies ist die Antwort für die Amerikaner, ein Geschenk von Ghaddafi für Reagan.«⁴⁹

Als Beweis für die aktive Beteiligung des »Revolutionsführers« war das ein wenig dürftig.

264

In dem vor dem Berliner Landgericht verhandelten Prozeß gegen fünf Attentäter auf die Diskothek »La Belle«, der nach vier Jahren im November 2001 mit langjährigen Haftstrafen gegen zwei Palästinenser, einen Araber und einen Deutschen sowie einem Freispruch endete, konnte zwar zweifelsfrei eine Verbindung zum libyschen Volksbüro in der DDR-Hauptstadt nachgewiesen werden. Aber auch die in der Urteilsbegründung getroffene Feststellung, Ghaddafi selbst habe vermutlich den Befehl für den Anschlag erteilt, konnte nicht bewiesen werden. Es gab nicht wenige Prozeßbeoachter, die der Auffassung waren, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit mehrere Beteiligte und Hintermänner dieses Terroranschlages Mitarbeiter der CIA und des israelischen Geheimdienstes Mossad gewesen sind. Diesen Geheimdiensten

sei mindestens der Anschlag rechtzeitig bekannt gewesen, und sie hätten ihn nicht verhindert.⁵⁰

An der politisch-strategischen Haltung der USA, die man als Staatsterrorismus bezeichnen kann, hat sich auch nach dem Zerfall des sozialistischen Weltsystems nichts geändert.

Erinnert sei an die Reaktion der USA auf die verabscheuungswürdigen Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) am 7. August 1998. Dabei starben 260 Menschen, mehr als 5.400 wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Schon sehr bald wurde durch die CIA der angeblich in Dshalalabad (Afghanistan) lebende Millionär Osama bin Laden als »Drahtzieher« ausgemacht.

Obwohl bis zu jenem Zeitpunkt offenkundig nichts wirklich bewiesen war, erteilte Präsident Bill Clinton am 20. August 1998 den Befehl, militärische Schläge gegen vermutete Aufenthaltsorte und Ausbildungslager des Osama bin Laden in Afghanistan sowie gegen eine Chemiefabrik in Al Shifa bei Khartoum im Sudan zu führen. Während 1986 gegen Libyen noch Kampfflugzeuge eingesetzt wurden, erledigten nunmehr ferngelenkte Cruise Missiles diese Aufgabe.

Wie am 22. August 1998 die BILD-Zeitung berichtete, soll die CIA in Afghanistan eng mit dem Mossad zusammengearbeitet haben. »Eine 30köpfige gemeinsame Eliteeinheit sei schon am 17. August 1998 mit der Aufgabe in Kabul eingeschleust worden, die Angriffsziele aufzuklären und kurz vor der Attacke diese Ziele mit unsichtbaren elektronischen Leitstrahlen zu markieren.«⁵¹

Offiziell wurde bis heute nicht bekannt, daß die für die Anschläge verantwortlich gemachten Terroristen und ihre angeblichen Ausbildungslager in Afghanistan tatsächlich dadurch getroffen wurden.

265

Im Frühjahr 2001 fand in New York der Prozeß gegen 22 Personen, darunter auch Osama bin Laden wegen der Bombenanschläge in Nairobi und Daressalam statt. Nur vier Araber saßen auf der Anklagebank, gegen die übrigen wurde in Abwesenheit verhandelt.

Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß zwei von ihnen die jeweiligen Fahrzeuge gefahren hatten, mit denen der Sprengstoff zu den Botschaften gebracht worden war. Die anderen beiden Männer sollen organisatorische und finanzielle Hilfe geleistet haben.⁵² Alle vier wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Die klaren Beweise für bin Ladens Schuld konnten allerdings auch nicht geliefert werden.⁵³

Im übrigen stellte sich heraus, daß die völlig zerstörte, erst zwei Jahre alte Chemiefabrik im Sudan, die öffentlich zugänglich war und ein Drittel der im Sudan benötigten Medikamente, vor allem Anti-Tuberkulose-Mittel und Antibiotika für die Viehzucht herstellte, keinen Bezug zum Terroranschlag oder zu bin Laden hatte.

Später räumte die US-Regierung indirekt ein, sich im Falle der Chemiefabrik geirrt zu haben. Am 3. Mai 1999 lief die Frist ab, in der vor einem Zivilgericht in den USA zu beweisen war, daß die Chemiefabrik im Sudan Giftgas produziert habe. Die USA-Regierung konnte offenbar dafür keinen einzigen Beweis vorbringen. Ein von diesem Gericht angefordertes Gutachten belegte außerdem, daß die Beschuldigung falsch gewesen war, der sudanesischer Besitzer dieser Chemiefabrik, Saleh Idris, sei einer der Geldgeber des mutmaßlichen Terroristen Osama bin Laden.

Bereits am 21. September 1998 zitierte die *New York Times* hohe Mitarbeiter von State Department und CIA mit dem Eingeständnis, einen Fehler begangen zu haben. »Die Entscheidung, Al Shifa anzugreifen, setzt die Tradition fort, im Sudan auf der Grundlage unzureichender Geheimdienstinformationen zu operieren«, wurde ein Mitarbeiter der Administration zitiert.

Schon 1996 hatte die CIA mehr als 100 Geheimdienstberichte über den Sudan zurückziehen müssen, als offenkundig wurde, daß die Quelle diese Informationen erfunden hatte.

Gerade aber diese Informationen waren dafür ausschlaggebend, daß Sudan auf die Liste der sieben gefährlichsten Terroristenstaaten gesetzt worden war. Am 29. April 1999 entschied Bill Clinton, die Wirtschaftssanktionen zu lockern und die auf Konten in den USA eingefrorenen 24 Millionen Dollar des Besitzers der Chemiefabrik freizugeben,⁵⁴ womit implizit bereits eingestanden wurde, nicht nur den falschen Mann verfolgt, sondern auch die

falsche Fabrik zerstört zu haben.⁵⁵ Der Besitzer der noch immer in Trümmern liegenden Fabrik wartet seither auf eine entsprechende Entschädigung.

266

Die von ihm bei einem Gericht in den USA eingereichte Zivilklage kam bisher nicht zur Verhandlung.

Die Raketenangriffe auf Ziele in Sudan und Afghanistan belegen einmal mehr, daß Washington die Rolle als »Weltpolizist« wörtlich nimmt und sich dabei mitunter auf äußerst zweifelhafte, unzureichend überprüfte oder erfundene Informationen des Geheimdienstes stützt.

Prof. Werner Ruf aus Kassel, Spezialist für den Problemkreis Islam und Dritte Welt, äußerte sich bereits 1998 zur diesbezüglichen Politik der USA: »Was bleibt, ist die Demonstration der Arroganz der Macht, die Verletzung elementarer Grundsätze des Völkerrechts, die exemplarische Praktizierung des Faustrechts. So wie Gewalt Gewalt produziert, so legitimiert die Verletzung von Rechtsgrundsätzen extralegales, also terroristisches Handeln. Der militärisch-weltpolizeiliche Akt der Supermacht USA produziert so nicht nur weiteren Terror, er beschädigt auch die Legitimität der UNO als supranationale Instanz zur Lösung und Verhinderung von Konflikten.«⁵⁶

Diese zweifellos treffende Charakterisierung der praktizierten Politik der USA und ihrer Auswirkungen findet als Handlungsmaxime immer wieder ihre Fortsetzung bis in die unmittelbare Gegenwart. So beispielsweise bei der bis heute andauernden Bombardierung des Irak durch die USA (unter Einbeziehung und mit aktiver Unterstützung britischer Luftstreitkräfte) oder bei der Aggression gegen Jugoslawien, an der die USA-dominierte NATO mitwirkte. In dem einen wie in dem anderen Fall bedienten sich die USA und deren Verbündete des Mittels des Krieges, ohne dafür das unerläßliche Mandat des UNO-Sicherheitsrates zu besitzen.

Die 78 Tage andauernde Bombardierung Jugoslawiens⁵⁷ durch die NATO ohne Mandat der UNO im Frühjahr 1999 ist ein besonders prägnantes Beispiel für eine neue Qualität des Staatsterrorismus. Mit dieser Aggression sollte ein Präzedenzfall geschaffen werden, der der USA Regierung und der von ihr geführten NATO erlaubt, unter Umgehung der UNO und bei massiver Verletzung von UN-Charta und Völkerrecht militärische Angriffshandlungen durchzuführen, wo immer sie es für richtig erachtet, die Welt ihren Machtinteressen gefügig zu machen – auch mittels Bomben.

Mit der Annahme der UNO-Kosovo-Resolution vom 10. Juni 1999 durch den UN-Sicherheitsrat wurde zwar der mörderische Aggressionsakt der NATO gegen Jugoslawien nicht explizit verurteilt, aber der NATO auch nicht nachträglich das fehlende Mandat der UNO erteilt.

Die NATO handelte damit unautorisiert unter Verletzung des Gewaltverbotes der UN-Charta. Es bleibt bei der Beurteilung der Aggression als Aggression und als staatsterroristischer Akt und kann nicht im nachhinein

267

als eine friedenssichernde Operation der Vereinten Nationen bezeichnet werden.

Die NATO-Regierungen werden von ihrer Schuld für die verheerenden Folgen der Bombardements auf Jugoslawien und der jetzigen Vertreibung der Serben aus dem Kosovo ebenso wenig freigesprochen wie Milosevic für die Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo.

Auch die Bundesregierung, die die Aggression von Anfang an mitgetragen hat, brach damit das Völkerrecht und mißachtete gröblich das Grundgesetz.

⁵⁸

Das nach dem Zweiten Weltkrieg für beide deutsche Staaten bestimmende politische Prinzip, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe, wurde so über Bord geworfen.

Milosevic, gegen geltendes jugoslawisches Recht an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert – in Erwartung internationaler finanzieller Unterstützung für den Neuaufbau Jugoslawiens –, wird der Prozeß gemacht.

Der Frieden in Kosovo ist bis heute nicht erreicht. Eine Aussöhnung zwischen Serben und Kosovo-Albanern scheint unmöglich. Auch nach der Entwaffnung der UCK in Mazedonien und der Gleichstellung der Albaner im Parlament ist der Friede nur ein relativer und bedarf der Anwesenheit ausländischer Streitkräfte.

Am 11. September 2001 bestätigte sich auf grausame Weise die Richtigkeit der Feststellung, daß »Gewalt nur Gewalt« produziert und mit »militärischweltpolizeilichen

Akt(en) ... nur weiterer Terror« erzeugt wird. An jenem Tag stürzten sich Selbstmordkommandos mit entführten Flugzeugen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington, die Symbole der amerikanischen Wirtschaft und der Militärmacht. Eine vierte entführte Maschine stürzte bei Pittsburgh über freiem Gelände ab. Allein in den zu fürchterlichen Waffen umfunktionierten Passagierflugzeugen starben 266 Menschen. Die Gesamtzahl der Toten und Vermissten betrug nach offiziellen Verlautbarungen knapp unter 4.000. Nur kurze Zeit nach dem Anschlag wurden als Täter und Hintermänner Osama bin Laden und die vorgeblich von ihm 1989 gegründete Organisation »Al Qaida« (Die Basis) mit bis zu 5.000 Mitgliedern bzw. Anhängern genannt.

US-Präsident Bush erklärte am 15. September 2001, die USA befänden sich fortan im Krieg gegen den internationalen Terrorismus. Dies sei »ein neuer, andersartiger Krieg gegen all jene, die den Terror exportieren wollen, und

268

ein Krieg gegen jene Regierungen, die Terroristen unterstützen oder ihnen Unterschlupf gewähren«.⁵⁹ Er wertete den zweifellos barbarischen Anschlag auch keineswegs nur als Angriff auf die USA und ihre Politik gegenüber der Welt, sondern deklarierte ihn gleichermaßen als Angriff auf die Zivilisation und auf die NATO.

Unter der Losung: »Wer nicht mit uns gegen den internationalen Terrorismus kämpft, ist für den Terrorismus, unterstützt ihn und wird wie dieser behandelt werden«, riefen die USA zu einer weltweiten Allianz gegen »den Terror« auf.

Am 7. Oktober 2001 begannen »selektive« militärische Angriffe gegen Afghanistan mit dem erklärten Ziel, bin Laden zu ergreifen und seine Terroristenlager zu zerstören. Diese Absichtserklärung wurde bald erweitert. Es ging nunmehr auch um den Sturz der dort herrschenden islamischen Fundamentalisten. Letzteres wurde nach einigen Wochen Bombardements sowie mit Hilfe der Nordallianz und anderer Antitalebkräfte erreicht. Einige Tausend Menschen, mehrheitlich Zivilisten, verloren ihr Leben durch Kriegseinwirkung,⁶⁰ ungezählte Menschen verhungerten oder flohen in die Nachbarstaaten. Das nach 22 Jahren Bürgerkrieg ohnehin geschundene Land wurde noch mehr zerstört.

Schon mit den Resolutionen Nr. 1.368 vom 12. September und Nr. 1.373 vom 28. September 2001 hatte der UN-Sicherheitsrat den USA einen Freibrief für dieses Vorgehen ausgestellt, zumindest wurde das offenkundig von ihnen so gewertet. Der Hinweis auf das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta diene und dient weiter erkennbar den USA als Legitimation, Krieg gegen Afghanistan und eventuell andere Staaten führen zu können, die sie der Unterstützung des Terrorismus verdächtigen.

Die Liste der bekannten »Schurkenstaaten« wurde bald erweitert, Bush sprach von der »Achse der Bösen«. Sie alle müssen mit »militärischen« Präventivschlägen durch die USA rechnen.

Angesichts einer solchen Entwicklung entsteht nicht unbegründet die Befürchtung, ob nicht die Gefahr besteht, daß das im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandene Völkerrecht, dessen Grundlage die UN-Charta bildet, de facto durch ein »Recht auf Krieg« ersetzt wird?⁶¹

Das archaische Prinzip »Aug' um Auge, Zahn um Zahn« scheint zurückzukehren.

Der von Clausewitz beschriebene und längst überwunden geglaubte Grundsatz, Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, erlebt offenkundig seine Wiedergeburt.

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina bietet dafür ebenfalls ein konkretes Beispiel.

269

Bezogen auf die Auftraggeber und Organisatoren der Terroranschläge vom 11. September 2001 gibt es – auch nach »entlarvenden Videos« mit bin Laden – offenkundig keine überzeugenden Beweise dafür, daß er die Anschläge auch wirklich organisiert hat.⁶² Bei kritischer Prüfung vieler dazu bisher vorgebrachter Begründungen und »Beweise«⁶³ bleiben mehr Fragen offen als beantwortet werden.

Eine Reihe seriöser Veröffentlichungen hingegen belegt, daß Osama bin Laden, ein Vertreter der saudischen Bourgeoisie, es schon längere Zeit mit der CIA zu tun gehabt haben soll. In ihrem Auftrag hat er demnach ab 1982

Tausende von islamistischen Freiwilligen für den Kampf der Mudschaheddin gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan und die damals dort herrschende rechtmäßige Regierung rekrutiert. In Pakistan sei er selbst ausgebildet worden, habe er Geld und Waffen von der CIA und dem pakistanischen Geheimdienst SIS erhalten.⁶⁴ Mit ihrer Unterstützung habe er eine Vielzahl von Rekrutierungsbüros und Ausbildungslager in Afghanistan, Pakistan, Jemen und im Sudan unterhalten.

So sei eine internationale islamische Kampfgemeinschaft für den »Heiligen Krieg« gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan entstanden – unterstützt, finanziert, ausgebildet und bewaffnet mit Hilfe der CIA, SIS und des britischen *Special Air Service*, der die Transporte nach Afghanistan ausführte. Nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte 1989 blieb ein Teil dieser »Kämpfer« in Afghanistan und schlug sich im Bürgerkrieg auf die Seite der Taleban. Andere dieser nun »arbeitslosen« Krieger gingen in ihre Heimatländer zurück. Zum Teil setzten sie dort ihren »Krieg« fort. Ob in Tschetschenien, Bosnien, Kosovo, Kaschmir, Jemen, Algerien, Philippinen – überall spielten und spielen noch heute die »Afghanistan-Veteranen« eine verhängnisvolle Rolle.⁶⁵ Ist es nicht möglich, daß sich so das sogenannte weltweite »Terror-Netz« der Al Qaida zusammensetzt?

Der ehemalige Staatssekretär und Bundesminister Andreas von Bülow hat vielleicht recht, wenn er – wie in der ARD-Sendung »Kulturreport« am 21. Oktober 2001 – dazu meint: »Wir haben es nicht mit einem *Clash of Cultures*, mit einem Zusammenstoß der Kulturen, der Zivilisation zu tun. Wir haben es mit den marodierenden ehemaligen CIA-Mitarbeitern zu tun.«⁶⁶ Und wenn erklärt wird, daß die CIA nach 1994 ihre Zusammenarbeit mit bin Laden reduziert haben will, so bleibt dennoch die Frage offen, welche Verbindungen werden zu diesen Kräften weiter aufrechterhalten. Könnte das auch erklären, weshalb die USA 1996 ein Angebot des Sudan, bin Laden auszuliefern, abgelehnt hätten? Die »Washington Post« zitierte dazu den damaligen zweiten US-Sicherheitsberater Samuel Berger: »Der FBI glaubte, nicht

270

genug Beweise gegen bin Laden in der Hand zu haben, um ihn vor ein Gericht zu bringen, und riet von einer Auslieferung in die USA ab.« Der Sudan wies bin Laden aus. Im Mai 1996 soll er nach Afghanistan geflogen sein.⁶⁷

Oder was könnte denn von folgender Nachricht stimmen? Nach Berichten der französischen Zeitung »Le Figaro« und »Radio France International« wurde bin Laden vom 4. bis 12. Juli 2001 im Amerikanischen Hospital in Dubai wegen einer chronischen Nierenerkrankung behandelt. Im Krankenhaus habe er zahlreiche Persönlichkeiten empfangen, darunter auch den Residenten der CIA, Larry Mitchel. Die CIA bestreitet dies vehement und behauptet: »Die CIA hatte niemals Kontakt zu bin Laden«.

Dieser Zusammenhang und der Nachweis, daß der Sprengstoff, mit dem die Anschläge auf die USA-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 ausgeführt wurden, aus den USA selbst stammen soll, »löste(n) einen Krieg unter den amerikanischen Diensten um die Schuldzuweisung aus und drohte(n) zu einem bin-Laden-Gate zu führen«.⁶⁸

Ungeachtet dessen, was gelogen, was Desinformation, was Halbwahrheit ist, bleibt die Feststellung unangefochten: Die Frage nach Beweisen für die Schuld an den zu verabscheuenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist unzweifelhaft auch mit Kontakten der Geheimdienste zum Terrorismus verknüpft.

Es stellen sich die Fragen: Welche Kenntnisse hatte die CIA, wer wurde informiert, und wären die Anschläge zu verhindern gewesen? »Die Welt« brachte am 7. Dezember 2001 einen Beitrag unter der Schlagzeile: »Bin Ladens Terrorpläne waren den Geheimdiensten bekannt«. Danach sollen das FBI und die CIA über Pläne, zivile Einrichtungen mittels gekapeter Flugzeuge anzugreifen, schon seit Jahren informiert gewesen sein. Ein »Projekt Bojinka«, gespeichert auf einem Computer, war 1995 bei einem zufällig entdeckten und gescheiterten Selbstmordanschlag auf den Papst während dessen Besuches in Manila entdeckt worden. Bei diesem »Projekt« soll es sich um detaillierte Pläne gehandelt haben, wie Flugzeuge zu entführen und simultan in zivile und militärische Gebäude zu lenken seien. Konkret sind in dem Text als Ziele das CIA-Hauptquartier in Langley, das World Trade Center und der Sears Tower in Chicago genannt worden.

Außerdem wären derartige Terrorpläne sogar in den Akten des Bezirksgerichtes von Manhattan 1997 beim Prozeß gegen Jussef und Murad wegen des ersten Terroranschlages gegen das WTC vom 26. Februar 1993 aufgetaucht. Die Kamikazevariante wurde damals offenbar völlig unterschätzt, schrieb die Tageszeitung »Die Welt«.⁶⁹

271

Könnte es nicht sein, daß jene recht haben, die meinen: Die USA sind für den Aufstieg bin Ladens und der Taleban verantwortlich,⁷⁰ sie benötigen als stärkste Militärmacht der Welt (und zugleich größter internationaler Waffenhändler) zwingend einen Hauptfeind, nachdem ihr die Sowjetunion abhanden gekommen ist. Dieser Feind wurde im islamistischen Terrorismus nicht nur gefunden, sondern teilweise selbst erschaffen.⁷¹

Wurden mit der Beschwörung des »Krieges gegen den Terrorismus« zum Erhalt alter und zur Sicherung neuer Einflußsphären neue Fronten eines kalten und heißen Krieges definiert und installiert? Seit dem 11. September 2001 gibt es ein neues »Reich des Bösen«.⁷² Und die alten Feindbilder, die den Zeitgeist bedienen. Blätter in der Bundesrepublik schlugen alles über den bekannten Rechen: »Hatten die Todespiloten Unterstützer bei der Stasi?« (»Die Welt«, 21. September 2001); »BND glaubt an Existenz des früheren Netzwerkes – Verbindungen zwischen Ex-Stasi und Terroristen weiter aktiv« (»Welt am Sonntag«, 23. September 2001); »Die Stasi, der Terror und die nächste Welle« (»Thüringer Landeszeitung«, 8. November 2001); »Stasi bildete Ladin-Terroristen aus« (»Hilferuf von drüben«, 21. Jg., Nr. 3). Unabhängig von diesen Fragen und den Antworten darauf: Terror bedarf der Ächtung, egal, von welcher Seite er ausgeht und mit welchem Ziel er ausgeführt wird. Krieg jedoch ist keine Lösung. Denn Krieg ist die schlimmste Form des Terrorismus auf staatlicher Ebene.

Der erste Direktor des Bundeskriminalamtes, Manfred Klink, äußerte sich – vor dem 11. September 2001 – auf einem Seminar zum Thema: »Das Problem des Terrorismus als weltweites Phänomen«, veranstaltet von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 1. bis 3. Dezember 1999 in Bonn/Siegburg: »Von bedeutenden Terrorismusforschern wie Bruce Hoffmann werden militärische Vergeltungsschläge als kontraproduktiv und völkerrechtlich bedenklich abgelehnt.⁷³ Sie verfehlen bei skrupellosen Fundamentalisten ihre Abschreckungswirkung, können dagegen aber die reagierende Macht öffentlich ins Unrecht setzen. An die Stelle militärischer Reaktion auf staatlich unterstützten Terrorismus, wie sie konsequent auch von Israel eingesetzt wird, wie sie bei dem Anschlag auf die Diskothek »La Belle« gegen Libyen und 1998 auch gegen den Sudan ausgeübt wurde, muß ein geordnetes Verfahren, gegebenenfalls vor dem internationalen Gerichtshof, treten.«⁷⁴ Bis dieser Strafgerichtshof seine Arbeit aufnehmen kann, werden offensichtlich noch einige Jahre vergehen. Vor allem sind noch viele Hindernisse und Widerstände zu überwinden, nicht zuletzt seitens der Großmacht USA. Am 17. Juli 1998 hatte die Diplomatische Staatenkonferenz der Vereinten Nationen das sogenannte Römische Statut des *International Criminal Court*,

272

des Internationalen Strafgerichtshofs, verabschiedet. Dieser Internationale Strafgerichtshof, der seinen Sitz in Den Haag haben wird, soll in Ergänzung zur nationalen Gerichtsbarkeit »die schwersten Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganzes berühren«, von Einzelpersonen, nicht von Staaten, verfolgen. Dafür votierten 120 Staaten.⁷⁵ Das Statut tritt in Kraft, wenn es von 60 Staaten ratifiziert worden ist. Bis zum Frühjahr 2001 hatten erst 27 Staaten diesen Schritt vollzogen.⁷⁶

Im Juni 2000 bemühten sich in New York drei Wochen lang Experten, allgemein akzeptierte Paragraphen für die Straftatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie das Verbrechen der Aggression auszuformulieren sowie die Verfahrens- und Beweisordnung für den Gerichtshof festzulegen. Wie nicht anders zu erwarten, versuchten die USA diese Gesetze nach eigenen Vorstellungen und Wünschen zu diktieren. Das Weltgericht soll nicht über USA-Bürger urteilen dürfen, und wenn schon, dann nur mit Washingtoner Zustimmung. Aber wenn US- Soldaten geschont würden, wolle die Regierung das ungeliebte Tribunal sogar unterstützen. Die Vorstellung, daß »amerikanische Militärangehörige und Beamte vor einem internationalen Strafgericht angeklagt werden« könnten, waren für den republikanischen Senatsabgeordneten Jesse Helms so furchtbar, daß er

ein Gesetz im Senat einbrachte, das den eigenen Behörden untersagt, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten, egal, ob es um die Auslieferung von Bürgern der USA oder nur um die Sicherung von Beweisen gehe. Staaten, die das Statut ratifizierten, wurde die Streichung der Militärhilfe angedroht.⁷⁷ Wenige Stunden vor Ablauf der Frist (31. Dezember 2000) unterzeichneten die USA doch noch das Gründungsabkommen, um sich so Einfluß auf die weitere Ausgestaltung des Abkommens zu sichern.⁷⁸ Sie bleiben auch jetzt auf Distanz zum Internationalen Strafgerichtshof. Sie bevorzugen die Rolle des Weltpolizisten – fürchten jedoch das Weltgericht.⁷⁹

Terrorismus setzt sich erwiesenermaßen über innerstaatliche oder völkerrechtliche Regelungen hinweg. Gewalt ist aber auch oft Kampfmittel jener, die um politische Anerkennung, Freiheit und Demokratie kämpfen. Erlangen sie diese Grundrechte – meist erst im Ergebnis dieses Kampfes –, so erfahren jene, die vordem als »Terroristen« beschimpft, verleumdet und verfolgt wurden, plötzlich Akzeptanz als Freiheitskämpfer, Nationalhelden und verlässliche Verhandlungspartner. Erinnert sei an Nelson Mandela, der als »Terrorist« und »kommunistenfreundlich« geschmähte Präsident Südafrikas. Dieser Wandel kann auch wieder korrigiert werden, wie sich bei Yasir Arafat zeigt. Der einst als »Chefterrorist« diffamierte, danach von den USA

273

anerkannte Palästinenserführer wurde offenkundig von den herrschenden Kreisen in den USA und Israels wieder in die Kategorie »Chefterrorist« zurückgestuft – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Beide Politiker erhielten übrigens den Friedensnobelpreis.

Als Nelson Mandela am 22. September 1996 von der Präsidentin des Bundestages, Rita Süssmuth, im Bundestag begrüßt wurde, nannte sie ihn ein *Symbol des Widerstandes gegen Unrecht und Menschenverachtung*. Kein Wort der Entschuldigung jedoch fand sie dafür, daß Nelson Mandela von der bundesdeutschen Politik bis weit in die 80er Jahre verteufelt wurde, während die BRD zum Apartheidregime Südafrikas, einem rassistischen Terrorregime, beste Beziehungen pflegte.

Die DDR und auch das MfS haben den Kampf Mandelas und des ANC gegen das Apartheidregime nach besten Kräften unterstützt. In Südafrika fragt man noch heute Gäste aus Deutschland, ob sie aus der DDR oder aus der Bundesrepublik kämen. Die Unterscheidung hat Gründe.

Die SED- und Staatsführung der DDR und das MfS gingen immer davon aus, daß Terror prinzipiell kein Mittel zur Erreichung revolutionärer oder anderer gesellschaftlich fortschrittlicher Ziele, von nationaler Unabhängigkeit oder zur Sicherung von Minderheitenrechten sein könne. Terror diskreditiert nicht nur jegliche fortschrittliche Bewegung international, sondern schadet ihren Zielen auch unmittelbar.

Zu den historischen Realitäten gehörte jedoch auch, daß im nationalen Befreiungskampf zeitweilig legitime Kampfformen verlassen wurden und es zu Terroraktionen kam – ob von den Führern der Bewegung gewollt oder von Splittergruppen (in Verkennung des Schadens für die Gesamtbewegung oder aus Selbstüberschätzung) praktiziert.

Dies wurde auch in den Beziehungen der DDR zu den nationalen Befreiungsbewegungen beachtet.⁸⁰

Arafat und die PLO beispielsweise wurden in ihrem Kampf um einen eigenen palästinensischen Staat in vielfältiger Weise unterstützt. Zugleich betonte das MfS stets die Ablehnung des Terrorismus als Kampfform. Soweit das unter Ausschöpfung seiner Möglichkeiten und Mittel möglich war, versuchte das MfS, terroristische Handlungen von Splittergruppen der PLO oder anderen mit der PLO zeitweilig zusammenwirkenden palästinensischen Gruppierungen zu verhindern.

In vielen Ländern der Welt bekämpfen noch heute Regierungen die Bewegungen von Minderheiten, kämpfen ganze Völker um nationale Selbständigkeit, das Recht einen eigenen Staat zu gründen, um ihre Souveränität und völkerrechtliche Anerkennung usw. Je nach Bedarf und Interessenlage

274

sie von den imperialistischen Mächten, insbesondere den USA, als Freiheitskämpfer bejubelt oder als Terroristen gebrandmarkt. Was im einen Falle elementares Recht ist, gilt im anderen als finsternes Unrecht.

Die USA ernannten selbstherrlich sieben Länder zu »Schurkenstaaten« (*rogue states*). Nach ihrer Ansicht unterstützten diese den Terrorismus, wobei

die global-politischen Interessen der USA für eine solche »Auswahl« den Ausschlag gegeben haben dürften. Es handelte sich um Iran, Irak, Kuba, Libyen, die KDVR (»Nordkorea«), Sudan und Syrien.

Im Juni 2000 wurden einige von ihnen in »Besorgnis erregende Staaten« umbenannt und von der Liste genommen: die KDVR, Libyen und Syrien.

Der Sprecher des US-Außenministeriums bemerkte dazu: Fortan würden nicht mehr alle Länder über einen Kamm geschoren.⁸¹

Die USA weigern sich noch immer, eine internationale Konferenz zur Bekämpfung des Terrorismus abzuhalten. Diese vor allem von den 119 Mitgliedern der Bewegung der Blockfreien (NAM), von China und Kanada unterstützte Konferenz soll weltweit umstrittene Fragen klären, darunter auch, wer ein »Terrorist« und wer ein »Freiheitskämpfer« sei.

Die Frage der Definition des »Staatsterrorismus« soll dort ebenfalls zur Sprache kommen. Vor allem die UNO-Vertreter Iraks, Libanons und Kubas beklagen das Fehlen einer genauen Begriffsbestimmung des Terrorismus. Sie sehen sich als Opfer von staatlichem Terrorismus, der durch die USA und von Israel ausgeübt wird. Darüber hinaus müsse unbedingt eine klare Unterscheidung zwischen legitimen Freiheitskämpfern und Terroristen erfolgen.⁸²

Ein annähernd gerechtes Urteil kann heute nur, wenn überhaupt, die Völkergemeinschaft, verkörpert durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen,

fällen. Vorausgesetzt, sie handelt und beschließt auf der Grundlage ihrer Charta und läßt sich nicht von den USA und einigen anderen Mitgliedstaaten zur Durchsetzung der von ihnen verfolgten Sonderinteressen mißbrauchen.

Die in der Völkergemeinschaft allgemein anerkannten Auslegungen der UN-Charta bezogen auf den Grundsatz des Gewaltverbots finden am deutlichsten in der Resolution 2625 (XXV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970 ihren Niederschlag.

»Jeder Staat hat die Pflicht zur Unterlassung der Organisation, Anstiftung, Unterstützung von der Teilnahme an Bürgerkriegshandlungen oder terroristischen Handlungen in einem anderen Staat oder zur Unterlassung der stillschweigenden Duldung organisierter Aktivitäten auf seinem Hoheitsgebiet, die auf die Begehung solcher Handlungen gerichtet sind.«

In Auslegung des Grundsatzes der Nichteinmischung der UN-Charta verbietet diese Resolution völkerrechtlich auch den von Staaten ausgehenden

275

grenzüberschreitende Terrorismus oder anders ausgedrückt, die als »militärische Vergeltungsschläge« bezeichneten Aktivitäten der USA und der NATO gegen andere Staaten, wie sie in den voranstehenden Beispielen aufgezählt wurden, in dem sie festlegt, daß kein Staat »subversive, terroristische Aktivitäten, die auf einen gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Staates abzielen, organisieren, unterstützen, finanzieren, anstacheln oder dulden

« darf.⁸³

Auch die Resolution 1269 des Sicherheitsrates der UNO vom 19. Oktober 1999 beinhaltet die »Verurteilung aller terroristischer Handlungen, gleichviel aus welchen Beweggründen und wo und von wem sie begangen werden«. Sie betont, »daß es notwendig ist, den Kampf gegen den Terrorismus auf einzelstaatlicher Ebene zu intensivieren und unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die wirksame internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auf der Grundlage der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Normen des Völkerrechts, namentlich der Achtung vor dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten, zu verstärken«. Sie erklärt erneut, »daß die Unterdrückung von internationalen terroristischen Handlungen, einschließlich derjenigen, an denen Staaten beteiligt sind, einen wesentlichen Beitrag zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt«.⁸⁴

Es fehlen jedoch weiterhin die zwingenden Forderungen nach Erforschung und Aufdeckung der objektiven, gesellschaftlichen Ursachen für den Terrorismus als Voraussetzung für die notwendigen Schlußfolgerungen, um ihm wirksam und auf Dauer seine Quellen und seine Basis zu entziehen. Hierbei geht es um: Konfliktbewältigung; Beseitigung des Nährbodens für ein Klima aus Haß, Intoleranz und Rassismus; konsequenter Schuldenerlaß und mehr Entwicklungshilfe zur Beseitigung von Armut und mangelnder Bildung; eine gerechtere Welthandelsordnung; ein Verbot des Waffenexports; Klima- und Umweltschutz usw. Weltweite soziale Gerechtigkeit, sozialer und ökonomischer Ausgleich sind das beste Mittel gegen Terror

und Fanatismus.

Auch ist es an der Zeit, die vorliegenden zwölf UNO-Konventionen und -Protokolle zum Terrorismus endlich in Kraft zu setzen und die laufenden Verhandlungen über eine umfassende Antiterror-Konvention rasch abzuschließen.

⁸⁵

Es bleibt die Forderung, daß terroristische Attentate menschenverachtender Gewalttäter schärfstens geahndet werden müssen. Kein Motiv berechtigt zum Mord. Terror darf aber auch nicht mit Staatsterror beantwortet werden.

276